

Frankfurter Rundschau

Frankfurter Rundschau · Seite 13

Dienstag, 16. Dezember 1986, Nr. 291

Altenpfleger berichtet von zwei Todesfällen

Schwere Vorwürfe gegen „Taubblick“ in Oberursel

Gegen den Leiter des privaten Altenheims „Taubblick“ in Oberursel, Erhard Acker, sind neue, schwere Vorwürfe laut geworden. Auf einer Pressekonferenz berichteten am Montag ehemalige Pfleger, ihnen sei von Acker kategorisch verboten worden, in Notfällen direkt einen Arzt zu rufen. Zwei Patienten seien gestorben, weil der Heimleiter einen Pfleger telefonisch angewiesen habe, Spritzen zu geben. Acker habe sich geweigert, einen Arzt hinzuzuziehen.

Das Frankfurter Detektivbüro „Fido“, das die Aussagen der Pfleger aufnahm und an die Staatsanwaltschaft leitete, sprach sogar von „Giftbeibringung“, mit denen der Heimleiter die alten Leute habe töten wollen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat mittlerweile ein Ermittlungsverfahren gegen den Heimleiter in Gang gesetzt, bestätigte deren Sprecher Reinhard Rochus. Erhard Acker selbst bestritt, jemals eine solche Anweisung gegeben zu haben. „Jeder Pfleger im Dienst entscheidet selbständig, ob er einen Arzt holt“, sagte Acker.

Die beiden Todesfälle seien im Frühjahr 1984 passiert, berichtete der Kaufmann Thomas Dublaski (26), der damals drei Monate lang als Altenpfleger im „Taubblick“ arbeitete. „Ich hatte noch nie zuvor eine Spritze gesetzt und weigerte mich auch gegenüber Acker. Doch er hat mir mit Kündigung gedroht, wenn ich es nicht tun würde“, sagte Dublaski. Im ersten Fall sei eine „alte Dame wenige Minuten nach der Spritze gestorben“. Acker habe ihm verboten, mit jemand darüber zu sprechen, der später gerufene Arzt habe als Todesursache „Herzversagen“ auf dem Totenschein registriert.

Im zweiten Fall, so Dublaski, wollte er sich erneut weigern, sei von dem Heimleiter aber wieder unter Druck gesetzt worden. Der Patient, ein Mann, sei in der Nacht gestorben, nachdem der Pfleger ihm eine Beruhigungsspritze gegeben habe.

Von beiden Fällen sei die Kriminalpolizei in Bad Homburg unterrichtet gewesen, gab Dublaski an. Die Ermittlungen seien aber wenig später eingestellt worden.

Horst Walter Kossmann war nach eigenen Angaben zu dieser Zeit Pflegedienstleiter in dem Altenheim. Er habe ständig

„Reibereien mit Acker“ durchstehen müssen. Erst als dieser in Urlaub gegangen sei, habe er „notwendiges Verbandsmaterial anschaffen“ können. Er habe auch, nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer der Taubblick GmbH, Oskar Dzialowski, acht zusätzliche Kräfte eingestellt, „die nötig gebraucht wurden“. Nach Ackers Rückkehr seien die meisten wieder entlassen worden.

Unter der Regie des Heimleiters seien die Altenheimbewohner in der Nacht „mit Unmengen von Psychopharmaka ruhiggestellt worden“, sagte Kossmann. Er habe auch beobachtet, daß Acker Medikamente abgezweigt, zu einer Oberurseler Apotheke gebracht und zurückverkauft habe, steht in seiner Aussage, die die Detektei protokolliert hat.

Der Heimleiter wirft dem ehemaligen Pflegedienstleiter Kossmann seinerseits vor, er habe „die Medikamentenverwaltung nicht mehr überblickt“. Deshalb habe er, Acker, ihm fristlos gekündigt. Die Angaben Dublaskis nannte Acker „dubios und unglaublich verdreht“.

Abraham Dzialowski, Sohn des Geschäftsführers und Eigentümer des Hauses, stellt sich hinter den Heimleiter. Was Personalfragen angehe, habe Acker sein absolutes Vertrauen. Es könne schon sein, daß Kräfte „bald wieder entlassen wurden“. Doch damals, 1984, habe man begonnen, die Pflegestation aufzubauen, und „da dauert es eben, bis man ein richtiges Team zusammen hat“. Daß Acker die Anweisung gegeben habe, keine Ärzte ins Heim zu holen ohne seine Genehmigung, hält Dzialowski „für unvorstellbar“.

Zu weiteren Vorwürfen wollte Dzialowski nicht Stellung nehmen. Fido-Geschäftsführer Hans Glass forderte die Staatsanwälte auch auf, Hinweisen nachzugehen, wonach die Eigentümer des Altenheims sich am Vermögen Verstorbener bereichert haben sollen.

Mit den Vorwürfen gegen die Heimleitung von Taubblick beschäftigten sich am Montag auch die Grünen im Hessischen Landtag. In einer Anfrage forderten sie die Landesregierung auf, die „Zustände“ dort zu durchleuchten und als Gesetzgeber dafür Sorge zu tragen, daß künftig private Heime vom Land unter Aufsicht genommen werden. bes